

Die OKJA-Nagelprobe

Eine handvoll

Fragen an die zukünftige Jugendpolitik NRWs



Mit Blick auf die kommende Landtagswahl am 9.5.2010

hat sich die AGOT-NRW am 4. Februar 2010 an die Parteien in NRW gewandt, und darum gebeten,

die fünf für uns wichtigsten Fragen zur zukünftigen Jugendpolitik NRWs zu beantworten.

Bildung, Gesundheit/Ernährung, Mitbestimmung/Beteiligung, Armut, Gewalt, Vernachlässigung, Partizipation, Integration, (Neue) Medien u. a. m. - alles wichtige Themen der Kinder- und Jugendarbeit.

Es ist mittlerweile zur Binsenweisheit geworden, dass

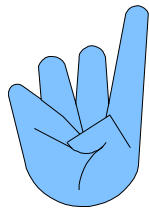
- (umfassende) Bildung überwiegend im außerschulischen Bereich erfolgt,
- Dank der Individualität ihrer Besucher/-innen Offene Kinder- und Jugendarbeit zu einem der vielfältigsten und intensivsten pädagogischen Handlungsfelder zählt und
- erst die Vielfalt der Bildungsansätze es vermag, der Vielfalt individueller Lebenslagen zu entsprechen.

Dennoch konzentriert sich Politik in den letzten Jahren vermehrt auf den vorschulischen und schulischen Bereich - und die Landesförderung Offener Kinder- und Jugendarbeit verbleibt trotz leichter Nachbesserung auf niedrigem, gekürztem Niveau.

Wie wollen Sie diese Schieflage im nächsten Landtag verbessern?

Mehr als 4.000 Mitarbeiter/-innen, Träger und über 200.000 Besucher/-innen

Offener Kinder- und Jugendeinrichtungen wollen es wissen!



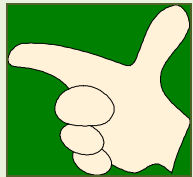
1

Obwohl Jugendarbeit laut § 11 SGB VIII eindeutig eine pflichtige Leistung darstellt, behandelt sie Verwaltung vielerorts wie eine freiwillige Leistung.

Unsere Frage:

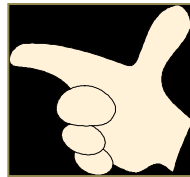
Wie wollen Sie erreichen, dass die Pflichtigkeit allerorten angemessen praktiziert wird?

Bündnis 90 / Die Grünen



Bündnis 90/Die Grünen stehen zu dem Prinzip, dass die Jugendarbeit eine kommunale Pflichtaufgabe ist, deren Finanzierung primär durch eine gute finanzielle Ausstattung der Kommunen und ergänzende Landeszuschüsse zu gewährleisten ist. Es ist zunächst Aufgabe der örtlichen Verwaltung und der Kommunalaufsicht des Landes, darauf zu achten, dass die Kommunen ihrer gesetzlichen Pflicht nachkommen. Sowohl die Grünen in den kommunalen Räten und Kreistagen als auch die Grüne Landtagsfraktion

CDU

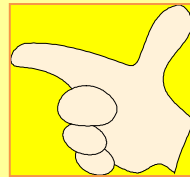


(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1 - 4)

Die Zukunft der Kinder in Nordrhein-Westfalen, deren Wohlergehen sowie deren Bildung und Erziehung stehen im Mittelpunkt unserer Politik. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass für die Jugendarbeit auch in finanziell schwierigen Zeiten "Mehr drin ist". Das wollen wir auch in Zukunft fortsetzen.

Zunächst haben wir Planungssicherheit geschaffen, indem wir die Bedeutung der Strukturförderung gegenüber der für

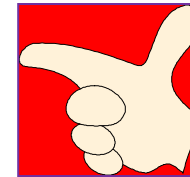
FDP



Wir Liberalen sind der Ansicht, dass Offene Kinder- und Jugendarbeit entscheidend dazu beiträgt, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu schaffen.

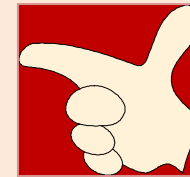
Die FDP NRW teilt die Auffassung, dass der Einsatz finanzieller Mittel für die Verwaltung keine freiwillige Aufgabe der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist. Offene Kinder- und Jugendarbeit muss von den Trägern vielmehr als eine rechtlich kodifizierte Handlungsnorm begriffen werden, die eine Pflichtleistung einer

DIE LINKE



Jugendarbeit darf nicht abhängig von der Haushaltslage sein. Damit die Verwaltungen in die Lage versetzt werden, Jugendarbeit als Pflichtleistung umfassend umzusetzen, fordert DIE LINKE unter anderem ein umfassendes Entschuldungsprogramm auf kommunaler Ebene sowie eine grundlegende Änderung des kommunalen Finanzsystems. Ergänzend dazu fordern wir ein umfassendes Maßnahmenbündel gegen Kinderarmut, die personelle Stärkung der Jugendhilfe in den Kommunen durch das Land und eine fi-

SPD



Wir setzen uns als NRWSPD für eine facettenreiche Jugendarbeit vor Ort ein. Die in der Frage vorgenommene Trennung zwischen der Pflichtigkeit und der Freiwilligkeit von Jugendarbeit stellt sich aus unserer Sicht nur deswegen in der Schärfe, weil die Kommunen Nordrhein-Westfalens mehr und mehr in die Situation kommen, dass die kommunale Gestaltungsfähigkeit von Politik - und damit auch von Jugendarbeit - generell in Frage gestellt ist. Neben unserem klaren Bekenntnis zur Jugendarbeit als Pflichtaufgabe, die

sind immer bereit, politisch auf die Einhaltung einer guten Finanzierung der Jugendförderung zu achten, sie aktiv einzufordern bzw. umzusetzen. Dies kann aber nur im jeweiligen Einzelfall geschehen, da die Rechtssystematik grundsätzlich in Ordnung ist. So wurde z.B. der von einem Jugendverband der grünen Landtagsfraktion vorgetragene Fall der Stadt Alsdorf, die vom Regierungspräsidenten Köln zu einer geringeren Jugendförderung aufgefordert wurde, umgehend in Form einer Kleinen Anfrage aufgegriffen (Drucksache 14/6018).

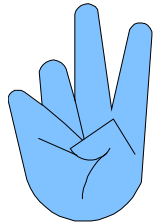
die Träger eher unsicheren Projektförderung deutlich gestärkt haben. Wir haben zudem mehr Mittel in die Kinder- und Jugendarbeit investiert. Die vorhergehende Landesregierung hatte 2004/2005 den Kinder- und Jugendförderplan um 20 Mio. Euro gekürzt. Wir haben im Jahr 2006 zunächst mit der Festschreibung auf 75,1 Mio. Euro für die gesamte Legislaturperiode Planungssicherheit geschaffen. ...

(Fortsetzung bei Frage 2)

familienfreundlichen Kommune im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darstellt. Denn Kinder, Jugendliche und Familien benötigen Ansprechpartner, Angebote und Möglichkeiten zur Kommunikation innerhalb ihres Wohnumfeldes und ihrer Kommune und außerhalb der Sozialisationsbereiche Elternhaus und Schule. Wir streben an, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit die offene Kinder- und Jugendarbeit unterstützen und als Pflichtleistung begreifen.

nanziell angemessene Unterstützung des Landesjugendrings und der Jugendverbände.

nicht nach Kassenlage zu entscheiden ist, wollen wir daher deutlich darauf hinweisen, dass wir eine nachhaltige Lösung der angesprochenen Problematik nicht allein im Feld der Kinder- und Jugendpolitik suchen. Die örtliche Jugendarbeit kann nur dann angemessen arbeiten, wenn die Kommunen auch über entsprechende Finanzmittel verfügen.



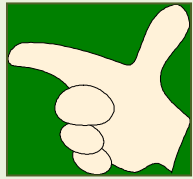
2

Das "Konzert" von kommunaler und Landesförderung Offener Kinder- und Jugendarbeit harmonisiert vielerorts nicht besonders gut.

Unsere Frage:

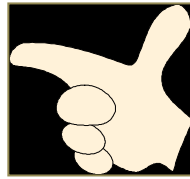
Welche Vorschläge/Pläne haben Sie, um in ganz NRW zu einer ausgeglichenen, bedarfsgerechten Förderung zu kommen, ohne dass bestehende Strukturen darunter zu leiden hätten?

Bündnis 90 / Die Grünen



Schwerpunkte der Kinder- und Jugendförderung sind für Bündnis 90/Die Grünen die Stärkung der Teilhabe (auch Bildungsteilhabe), geschlechtersensible und inklusive Kinder- und Jugendarbeit sowie die Bekämpfung sozialer Benachteiligung. In den genannten Bereichen hat die offene Kinder- und Jugendarbeit eine zentrale Bedeutung. Soziale Problemlagen sind in NRW lokal und regional sehr unterschiedlich aufgeprägt, was im Kinder- und Jugendförderplan des Landes unzureichend

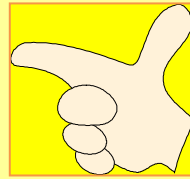
CDU



(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1 - 4: Fortsetzung)

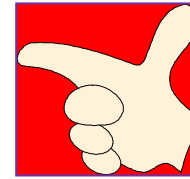
... Die Fördersumme für die offene Jugendarbeit wurde dabei gegenüber dem Ansatz für das Jahr 2005 um 6 Mio. Euro auf 25 Mio. Euro erhöht. Zudem haben wir durch das Sonderprogramm "Jugend und soziale Brennpunkte" in den Jahren 2006 bis 2008 jährlich 4,5 Mio. Euro zusätzlich in die Kinder- und Jugendarbeit investiert. Und durch den "Pakt mit der Jugend" hat die Lan-

FDP



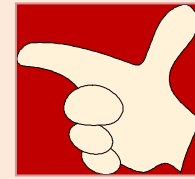
Mit der Neufassung des Kinder- und Jugendförderplans für die Jahre 2006-2010 hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition die Richtlinien zur Umsetzung des Kinder- und Jugendförderplans abgeändert. Wir haben fachbezogene Pauschalen und die Möglichkeit zur rechtsverbindlichen Bestätigung der Verwendung der Mittel eingeführt. Mit diesen Regeln haben wir die Förderung entbürokratisiert und sie für die Träger vereinfacht. Zudem haben die Träger mehr Freiraum für ihre wertvol-

DIE LINKE



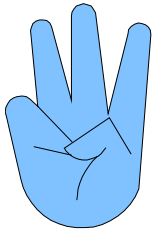
DIE LINKE fordert eine ausgeglichene und bedarfsgerechte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit. Dies kann nur in einem Prozess mit den Verbänden und Initiativen entwickelt werden. DIE LINKE möchte dazu im Gespräch bleiben, um den Bedarf zu ermitteln und die Förderung danach zu gestalten.

SPD



Die Frage ist etwas uneindeutig formuliert. Wenn es tatsächlich so ist, dass es strukturelle Probleme zwischen kommunaler und landesseitiger Förderung gibt, so wird es möglicherweise unumgänglich sein, zu ihrer „Harmonisierung“ auch bestehende Strukturen in Frage zu stellen. Zu diesen Problemen liegen uns aber leider keine ausreichenden Erkenntnisse vor, um hier eine umfassende Antwort zu geben, die auch die Unterschiedlichkeit der Situation vor Ort berücksichtigt. Generell

<p>berücksichtigt ist. Dies wollen wir durch die Anwendung eines Sozialindex ändern, nach dem künftig die Landesmittel verteilt werden sollen. Die bestehenden Strukturen und die darin Beschäftigten werden davon profitieren, da gerade die Arbeit mit sozial benachteiligten Jugendlichen hohe Anforderungen stellt und eine bessere Ausstattung insofern bedarfsgerecht ist.</p>	<p>desregierung den Ansatz für den Kinder- und Jugendförderplan im Jahr 2009 um 5 Mio. Euro jährlich auf insgesamt 80,2 Mio. Euro erhöht. Davon wurden für die Förderung der Infrastruktur weitere 700.000 Euro gewährt. Aktuell beträgt die jährliche Förder-summe für die Offene Kinder- und Jugendarbeit 25,7 Mio. Euro. ...</p> <p>(Fortsetzung bei Frage 3)</p>	<p>le inhaltliche Arbeit erhalten.</p> <p>Nichtsdestotrotz wollen wir das Finanzierungssystem, das Landesmittel pauschal an Kommunen ausschüttet und sich am Bestandsschutz orientiert, vor dem Hintergrund veränderter örtlicher Bedarfe überprüfen.</p> <p>Ferner wird sich die FDP NRW weiter dafür einsetzen, den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit so wenig Bürokratie wie möglich abzuverlangen.</p>		<p>gehen wir aber davon aus, dass Politik zukünftig den Blick mehr auf die Kinder richten und versuchen sollte, von ihren Bedürfnissen aus ein gesundes Aufwachsen und einen gelingenden Bildungsweg zu planen. Dies kann unserer Auffassung nach am besten auf regionaler bzw. kommunaler Ebene passieren, da hier Akteure aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Jugend, aus staatlichen, kommunalen und freien Trägern zusammenkommen und die Kompetenzen vor Ort bündeln müssen. Kompetenz-schwierigkeiten und Abgrenzungsprobleme sollten nach unserer Auffassung nachrangig behandelt werden. Wenn sich nun aber, was sich immer mehr als Realität herausstellt oder zumindest in vielen Kommunen abzeichnet, mehrere unterfinanzierte Partner zum besagten „Konzert“ einfinden, so kann dabei nicht sehr viel für die Kinder und Jugendlichen herauskommen.</p>
--	--	---	--	---



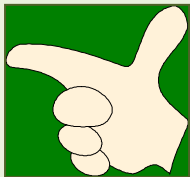
3

Kinder- und Jugendarbeit sieht weiterhin die Notwendigkeit der Rücknahme der Kürzung des Kinder- und Jugendförder-Planes und seiner bedarfsgerechten Anhebung auf mindestens 96 Mio. Euro. Derzeit den Trägern der Offenen Kinder- und Jugendarbeit eine auf 5 Jahre hin unkürzbare Förderung zuzusichern, also die Planungssicherheit zu verbessern, scheint ein Höchstmaß an landespolitischer Selbstverpflichtung zu sein.

Unsere Frage:

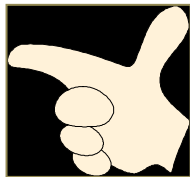
Ist da nicht mehr drin? Wie wollen Sie Vielfalt, Zuverlässigkeit und Verbindlichkeit der pädagogischen Angebote im außerschulischen Bereich, so wie es der Bericht der Enquete-Kommission „Chancen für Kinder“ einfordert, verbessern?

Bündnis 90 / Die Grünen



Bündnis 90/Die Grünen NRW hat die Forderung nach den zwischen allen im Landtag vertretenen Parteien und der Volksinitiative 2004 vereinbarten 96 Millionen Euro für die Kinder- und Jugendförderung immer unterstützt. Wir haben ebenso die Volksinitiative unterstützt, die sich gegen den Wortbruch von CDU und FDP richtete, als es im Haushalt 2006 zur Kürzung von 96 Millionen auf letztlich

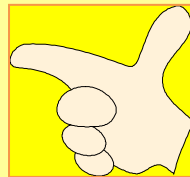
CDU



(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1 - 4: Fortsetzung)

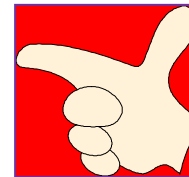
... Gerade der Bereich der außerschulischen Bildung kann zusätzlich davon profitieren, dass Kooperationsangebote der Jugendarbeit bei den offenen Ganztagschulen aus den hierfür bereitgestellten Mitteln finanziert werden können. Auch diese Mittel haben wir im Jahr 2006 erhöht. Angesichts der Tatsache, dass

FDP



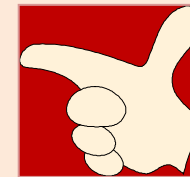
Ein Schwerpunkt der von den Liberalen mitgetragenen Jugendpolitik der vergangenen fünf Jahre war die Stärkung der außerschulischen Bildungsorte. Für uns ist Bildung mehr als nur ein Schulfach. Vielmehr ist Bildung die Fähigkeit, selbstverantwortlich zu handeln und eigene Interessen wahrzunehmen. Bildung schafft ein Bewusstsein dafür, dass man ein Recht und die Chance hat, sich selbst zu verwirklichen. Vor diesem Hintergrund kommt den Ein-

DIE LINKE



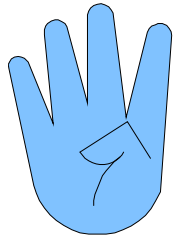
DIE LINKE unterstützt die Forderung nach der Rücknahme der Kürzung des Kinder- und Jugendförderplans und wird sich im Landtag für eine Anhebung einsetzen. Um pädagogische Angebote im außerschulischen Bereich zu verbessern, will DIE LINKE zusätzliche Landesmittel für die Förderung von Freizeiteinrichtungen bereitstellen und ein Programm zur Schaffung von mög-

SPD



Zunächst einmal ist festzuhalten, dass sich die NRWSPD für eine deutliche Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplanes einsetzt. In den Haushaltsdebatten der letzten Jahre wurde seitens unserer Landtagsfraktion immer wieder eine gesetzesgemäße Ausstattung mit 96 Mio. Euro beantragt, die immer wieder von der schwarz-gelben Mehrheit abgelehnt wurde - trotz anderslautender Beteuerungen. Wir bekräftigen an dieser Stelle erneut, dass wir auch nach der Wahl für diesen Betrag eintreten werden. Die Frage, ob da noch mehr drin ist, wird sich dann von dort aus sicher-

<p>80 Millionen Euro kam. Umso erstaunter waren wir, als die Jugendverbände sich mit der Landesregierung auf den "Pakt mit der Jugend" auf Basis einer Finanzierung von 80 Millionen Euro einigten. Im grünen Programm wird der Schwerpunkt auf eine Neuausrichtung des Kinder- und Jugendförderplans gelegt (siehe "2.") mit einem ausgewogenen Mix aus der Förderung von Strukturen und Projekten. Für einzelne Bereiche werden auch Mittelerrhöhungen gefordert. Bekanntlich hat die Landtagsfraktion - wie auch in früheren Jahren - bei der Beratung des Landeshaushalts 2010 einen Betrag von 96 Millionen Euro beantragt, was jedoch von CDU und FDP abgelehnt wurde.</p>	<p>Kinder- und Jugendarbeit vorrangig eine kommunale Aufgabe ist, ist die Landesförderung für diesen Bereich hoch zu bewerten. ...</p> <p>(Fortsetzung bei Frage 4)</p>	<p>richtungen der Kinder- und Jugendarbeit, dazu zählen unter anderem die 2.320 offenen Jugendeinrichtungen und 45 Jugendkunstschulen, und den Jugendverbänden eine neue Bedeutung zu. Sie müssen selbständig einen Bildungsauftrag erfüllen und sich einbringen in die Bildungslandschaft vor Ort. Dieser neuen Rolle entspricht auch der Förderschwerpunkt des Kinder- und Jugendförderplans der vergangenen fünf Jahre. Es wurde bewusst mehr Geld in leistungsfähige Strukturen der verbandlichen, offenen, kulturellen, internationalen Jugendarbeit investiert, um sie als eigenständige Bildungsorte zu stärken. Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit haben wir zunächst verlässlich auf rund 75,1 Millionen Euro festgeschrieben und zuletzt auf über 80 Millionen Euro erhöht. Über die Hälfte der Mittel, nämlich 42,8 Millionen Euro, fließt dabei in die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Die Liberalen in Nordrhein-Westfalen wollen diese Förderstruktur beibehalten.</p>	<p>lichst selbstverwalteten Jugendzentren schaffen.</p>	<p>lich neu stellen.</p> <p>Die in der Frage angesprochene Enquetekommission „Chancen für Kinder“ wurde bekanntlich auf Initiative der SPD-Fraktion eingerichtet und hat nach zwei Jahren intensiver Arbeit mit Expertinnen und Experten eine Menge Handlungsempfehlungen abgegeben, auf die wir hier nicht im Einzelnen eingehen können. Wir sehen jedenfalls nicht nur die Notwendigkeit, außerschulische Bildung zu verbessern, sondern fühlen uns außerdem auch aufgefordert, insgesamt über die Fragen der formalen, der nonformalen und der informellen Bildung neu nachzudenken, die Stellung der verschiedenen Bildungsbereiche zueinander anders als bisher zu definieren. Wir wollen die Partizipation der Jugendlichen stärken, wir wollen aber auch, dass die verschiedenen Bildungsbereiche mehr voneinander lernen. Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, heute für einzelne Bereiche feste Zusagen zu machen, bevor nicht ein geordneter Dialog aller Beteiligten geführt wurde. Durch unser Bekenntnis zur Aufstockung des Kinder- und Jugendförderplans wollen wir dokumentieren, dass wir uns hierbei selbstbewusste und starke Partner wünschen, die die Interessen der Kinder und Jugendlichen im Blick haben.</p>
--	---	---	---	---



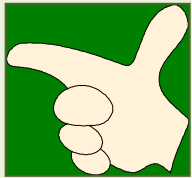
4

Vorschulische und schulische Strukturen wurden in den letzten Jahren durch die Landesregierung erheblich gestärkt.

Unsere Frage:

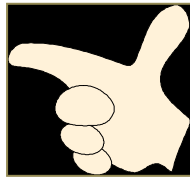
Will man nicht nur schlaue, sondern auch eigeninitiative, persönlichkeitsstarke und demokratische Mitmenschen, dürfen dann die Stärken außerschulischer Arbeit weiterhin auf Sparflamme gehalten werden? Oder sollen weiterhin freizeit- und sozialpädagogische Angebote zugunsten schulorientierter Angebote eingengt werden?

Bündnis 90 / Die Grünen



Die Aussage, dass vorschulische und schulische Strukturen durch die aktuelle Landesregierung erheblich gestärkt worden seien, teilen wir nicht. Auch den in der Fragestellung konstruierten Gegensatz zwischen schlaun (= Schule) und eigeninitiativen,...(= Jugendförderung) Mitmenschen sehen wir nicht. Allerdings ist es Fakt, dass die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule, des Abiturs nach 8 Jahren und der von allen Parteien gewollte Ausbau von

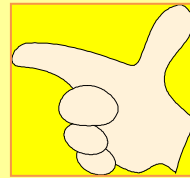
CDU



(Zusammenfassende Antwort auf Fragen 1 - 4: Fortsetzung)

... Die konkrete Ausgestaltung eines vielfältigen und zuverlässigen Angebotes bleibt Aufgabe der Kommunen. Doch mit der gerade im Bereich der offenen Jugendarbeit verlässlichen, landesseitigen Unterstützung wird ein Beitrag geleistet, dass die Kommunen die damit verbundenen Aufgaben erfüllen können.

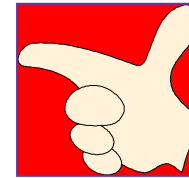
FDP



Die eigenständige Kinder- und Jugendarbeit begründet unserer Ansicht nach einen unverzichtbaren Beitrag für die Förderung junger Menschen: Schule kann Jugendarbeit nicht ersetzen, aber Jugendarbeit kann Schule ergänzen.

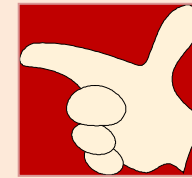
Wir haben die Mittel für Vereine und Verbände insbesondere im Bereich der Ganztagsbetreuung flexibilisiert, um auch Vereinen und Verbänden aus

DIE LINKE



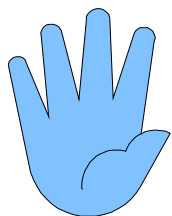
DIE LINKE setzt sich für „Eine Schule für Alle“ von der ersten bis zur zehnten Klasse in Ganztagesform ein. Diese Schulform, die alle existierenden Schulformen einbezieht, soll Plattform für soziale Entwicklung sein, so dass nicht nur das gemeinsame Lernen, sondern auch die gemeinsame Gestaltung der Freizeit dazugehört. Vielfältige Sport-, Musik- und Freizeitangebote fördern aus unserer Sicht das Miteinander, die Freude

SPD



Wir sind ausdrücklich nicht der Meinung, dass die frühkindliche Bildung durch das sogenannte Kinderbildungsgesetz (KiBiz), die Sprachstandsfeststellungsverfahren und durch die strukturelle Unterfinanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder gestärkt wurde. Außerdem sind wir auch ausdrücklich nicht der Meinung, dass die schulische Bildung durch die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlungen, durch das Turbo-Abitur und die Abschaffung der Drittelparität erheblich gestärkt wurden. Wir sehen in den Maßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung eher eine Verschärfung des Leistungsdrucks und der sozialen Auslese am Werk. Doch darauf zielte die Frage nicht ab.

<p>Ganztagsschulen die zeitlichen Freiräume von Kindern und Jugendlichen für andere Aktivitäten einengen. Dies betrifft auch freizeit- und sozialpädagogische Angebote. Bündnis 90/Die Grünen gehen von einem ganzheitlichen Bildungsbegriff aus, der formale Bildung, Inklusion und non-formale Bildung einschließt. Die außerschulische Bildung hat hier einen eigenen wichtigen Stellenwert. Diesen zu erhalten kann nur in Kooperation mit Schule gelingen und muss auf örtlicher Ebene organisiert werden. Um die Jugendhilfe in diesem Prozess zu stärken, sieht unser Programm mehr Mittel für die entsprechenden Träger vor.</p>		<p>den Bereichen Sport, Kunst, Kultur, Musik usw. eine verbesserte Einbindung in den Ganztagsbereich zu ermöglichen. Diese bessere Verzahnung zwischen schulischen und freizeitorientierten Angeboten eröffnet den Anbietern die Chance, Kinder und Jugendliche frühzeitig an Angebote, wie das der AGOT, heranzuführen. So können Kinder und Jugendliche über die schulischen Aktivitäten hinaus für künstlerische, sportliche oder auch musische Aktivitäten ermutigt werden. Zudem setzt sich die FDP für eine aktive Bürgergesellschaft ein. Wir wollen Kinder und Jugendliche möglichst frühzeitig für ein freiwilliges ehrenamtliches Engagement begeistern.</p>	<p>am Lernen und die gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Dies muss in einem Prozess Hand in Hand mit den Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit gestaltet werden, um ein vielfältiges Angebot zu haben und so Kindern und Jugendlichen ermöglichen, sich zu selbstbewussten, solidarischen und demokratischen Mitmenschen zu entwickeln.</p>	<p>Prinzipiell sehen wir keinen Widerspruch darin, Kindertagesstätten und Schulen besser zu fördern und gleichzeitig die Stärken außerschulischer Arbeit hervorzuheben. Ganz im Gegenteil sind wir davon überzeugt, dass ein Hin- und Herschieben von Mitteln zwischen den Bildungsbereichen am Ende ein Nullsummenspiel sein wird. Wir wollen die Stärken der offenen Kinder- und Jugendarbeit wie auch die der Jugendverbandsarbeit wieder mehr hervorheben: Es geht um die Förderung der Selbstwirksamkeit, die für jeden Bildungsprozess wichtig ist, wie auch um die Förderung des Gedankens der Selbstbestimmung und Partizipation. An diesen Ideen sollten auch Kindertageseinrichtungen und Schulen ein großes Interesse haben. Daher können sie sicherlich eine Menge von der Sozialpädagogik und den Jugendverbänden lernen. Umgekehrt gehen wir davon aus, dass auch seitens der Jugendverbände und der Sozialpädagogik ein gemeinsames Interesse an einer möglichst optimalen Förderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen sowie an hochwertigen Bildungsabschlüssen und guten Inhalten besteht.</p> <p>Insofern lassen sich beide Fragen aus Sicht der NRWSPD sehr eindeutig beantworten: Nein, die Stärken der außerschulischen Angebote dürfen nicht auf Sparflamme gehalten werden. Nein, sozialpädagogische Angebote sollten nicht zugunsten schulischer Angebote eingeengt werden.</p>
--	--	--	---	---



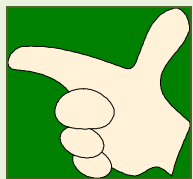
5

Viele Kommunal- und Landespolitiker/-innen scheinen überwiegend nichts mit der Jugend "am Hut" zu haben.

Unsere Frage:

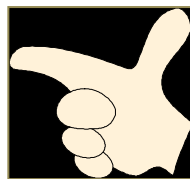
Welche Möglichkeit sehen Sie, mehr Parteifreunde/Parteifreundinnen für die Lebenssituation und Belange junger Menschen zu interessieren?

Bündnis 90 / Die Grünen



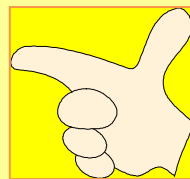
Bei Bündnis 90/Die Grünen gibt es ein sehr hohes Interesse an der Lebenssituation und den Belangen Jugendlicher. Die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen und die Schaffung eines Bildungssystems, das allen die gleichen Chancen bietet, sind zentrale Themen unserer Politik. Wir werden sehr stark von ErstwählerInnen gewählt, weil wir besonders Themen aufgreifen, für die sich junge Menschen interessieren. Im Landtag haben wir in einer Vielzahl von Anträgen und

CDU



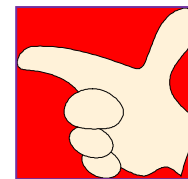
Bei der Beantwortung der weiteren Fragen - insbesondere der Frage 3 und der aktuellen Zusatzfrage - haben Sie uns dankenswerter Weise die Gelegenheit gegeben, darzustellen, was wir seit dem Jahr 2005 für die offene Kinder- und Jugendarbeit erreichen konnten. Dies wäre in der Zeit knapper Kassen auf allen staatlichen Ebenen nicht möglich gewesen, wenn wir uns nicht so massiv für die Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen eingesetzt hätten. Uns ist eine enge Abstimmung

FDP



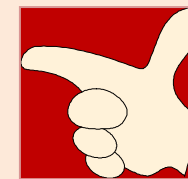
Für die Kommunal- und Landespolitiker der FDP hat die Jugendpolitik eine große und in Zukunft noch weiter wachsende Bedeutung. Insbesondere im Jugendverband der FDP, den Jungen Liberalen (JuLis), sind viele junge Menschen vertreten, die sich für Themen, die die Jugend betreffen, einsetzen. Die Mitglieder der JuLis sind zwischen 14 und 35 Jahre alt und bekennen sich zu Toleranz, Weltoffenheit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Freiheit. Die JuLis in Nordrhein-Westfalen

DIE LINKE



Kinder und Jugendliche sind für DIE LINKE gleichberechtigte Teile der Gesellschaft. Aus unserer Sicht ist ihr Leben jedoch häufig belastet durch Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und wachsenden Leistungsdruck. Ihre Chancen sind abhängig vom Geldbeutel der Eltern, und der wurde durch die Kürzungen von Sozialleistungen und Löhnen in den letzten Jahren immer weiter geschöpft. Jugendliche sind deshalb nicht zwangsläufig politikverdrossen – sie haben nur keinen Bock auf die herr-

SPD



Insgesamt sehen wir in der NRWSPD das Interesse an der Lebenssituation und an den Belangen junger Menschen auf einem breiten Fundament, wenn es sicher auch bei der einen oder anderen Person Nachholbedarf gibt. Grundsätzlich sehen wir es aber als vorrangig an, Kindern und Jugendlichen selbst eine Stimme zu geben und diese dann auch zu hören. Dafür setzen wir uns auf vielen Ebenen ein. Auf Bundesebene wollen wir Kinderrechte mit in die Verfassung aufnehmen -

Anfragen jugendpolitische Themen wie Medienkompetenz, Jugendgewalt oder Partizipation gesetzt. Wir haben die Volksinitiative unterstützt, jährlich ein Offenes Jugendplenum durchgeführt und zuletzt die Große Anfrage "Jugendliche in Nordrhein-Westfalen: Perspektiven durch Teilhabe, Geschlechter- und Generationengerechtigkeit" gestellt.

Etwa 2.400 Jugendliche sind Mitglieder der Jungen Grünen NRW, die in allen Parteigremien reichlich vertreten sind, nicht zuletzt auch auf unserer Liste zur Landtagswahl. Die Landtagsfraktion führt regelmäßig gut besuchte Dialogveranstaltungen mit Jugendlichen durch. Die Abgeordneten werden in hohem Maße in Schulen und von Jugendgruppen eingeladen oder erhalten entsprechende Besuche. Die Fraktion bildet aus, Fraktion und Landesverband haben ständig eine hohe Anzahl an (Schüler) PraktikantInnen, die Fraktion bietet ab Sommer ein freiwilliges soziales Jahr im politischen Leben an.

mit den Interessen der Kinder und Jugendlichen wichtig. Daher hören wir ihnen zu und geben ihnen Gelegenheit uns ihre Wünsche und Bedürfnisse mitzuteilen. Dafür sind der Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen, der "Pakt mit der Jugend" und der Wettbewerb Vision 2025, an dem sich fast 3.000 Jugendliche aus Nordrhein-Westfalen beteiligt haben, nur einige Beispiele.

stehen im Dialog mit der FDP NRW. Oft geben sie wichtige Anregungen, wie jugendliche Anliegen besser in der Kommunal- und Landespolitik berücksichtigt werden können. Zudem sind die Kommunal- und Landespolitiker der FDP NRW verhältnismäßig jung und setzen sich für die Interessen der Jugend häufig schon in eigener Sache ein. So ist beispielsweise der heutige Generalsekretär der FDP, Christian Lindner, als bisher jüngster Landtagsabgeordneter aller Zeiten im Jahr 2000 mit nur 21 Jahren in den Düsseldorf Landtag eingezogen.

schende Art von Politik. Fakt ist: Die Politik ist jugendverdrossen. Die Regierung nimmt denjenigen Zukunftschancen, die sich am wenigsten wehren können. Dessen ist sich DIE LINKE bewusst und will daran etwas ändern. Kinder- und Jugendpolitik muss genau so ernst genommen werden wie andere Politikfelder. Auch dafür steht DIE LINKE.

wie bereits in Nordrhein-Westfalen geschehen. Wir wollen eine systematische Information über Kinderrechte in Kindertagesstätten und Schulen, aber selbstverständlich auch in offenen Angeboten und in der Jugendverbandsarbeit fördern. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche in allen Belangen mitreden dürfen, die sie selbst betreffen. In vielen Kommunen und auch in vielen Einrichtungen sehen wir ausgesprochen positive Ansätze. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Politik, auch der zukünftigen Landesregierung, diese Ansätze zu fördern und den Dialog mit Kindern und Jugendlichen zu führen. Dazu gehört mehr als Interesse.

Aus aktuellem Anlass:

Bzgl. der kommunalen Finanzen zeichnen sich dramatische Entwicklungen ab. Vermehrt werden Kürzungsabsichten auch für den Jugendbereich ausgesprochen.

Unsere Zusatzfrage:

Betrachten Sie es auch als notwendig, für die Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit einen "Rettungsschirm" zu spannen?

Bündnis 90 / Die Grünen



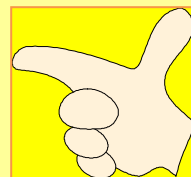
Es wäre falsch, eine Vielzahl an Rettungsschirmen und Rettungsschirmchen für unterschiedliche Gruppen aufzuspannen, richtig ist vielmehr, die allgemeine finanzielle Situation der Kommunen zu verbessern. Grüne haben dazu Vorschläge gemacht, z.B. Auslaufen des Solidarpaktes Ost und Umleitung der Mittel in einen Bildungssoli, Einbeziehung freier Berufe in die Gewerbesteuer, Schaffung eines Altschuldenfonds durch das Land, strikte Einhaltung der Konnexität (= keine neuen Aufgaben ohne Finanzierung), Absenkung des kommunalen Anteils an den Unterbringungskosten

CDU



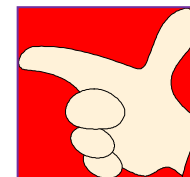
Eine aktuelle Auswertung der kommunalen Kinder- und Jugendförderpläne für den 9. Kinder- und Jugendbericht der Landesregierung hat ergeben, dass statt Mittelkürzungen im letzten Jahr in über 40% der ausgewerteten Jugendämter eine Erhöhung der Mittel stattfand und in 51,9% die Mittelansätze gleich geblieben sind. Nur in 7,7% fanden Kürzungen statt. Durch die Einrichtung einer Dialogplattform im Rahmen der Koalitionsvereinbarung auf Bundesebene haben wir erstmalig erreicht,

FDP



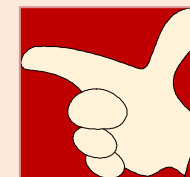
Um die negativen Folgen der Wirtschaftskrise auf kommunaler Ebene abzufedern, hat die von der FDP mitgetragene Regierungskoalition den Kommunen im Rahmen des Konjunkturpakets II schnell und unbürokratisch rund 84% des Gesamtfördervolumens zur Verfügung gestellt. Dies ist die bundesweit höchste Weiterleitungsquote. Hierdurch stehen für die Krisenjahre 2009 und 2010 rund 2,4 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für Investitionen in Bildung und

DIE LINKE



Ja, die kommunale Haushaltsschieflage darf nicht auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen ausgetragen werden.

SPD



Es macht aus unserer Sicht wenig Sinn, über alle möglichen Politikbereiche Schirme zu spannen, wenn es am Ende überall durchregnet. Wir setzen klare Schwerpunkte, zu denen für uns als NRWSPD prioritär die Bildung in all ihren Formen und die Kommunalfinanzen gehören.

<p>für Hartz IV-EmpfängerInnen. Eine Absage an weitere Steuersenkungen, die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45%, die Einstellung von mehr SteuerprüferInnen, Abschmelzen des Ehegattensplittings sind andere GRÜNE Vorschläge, die die Einkünfte der Kommunen - hier über den kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer - verbessern. Dass die Landesregierung die Beteiligung an Elternbeiträgen für Kitas um 84,5 Millionen Euro gekürzt hat und Betriebskostenzuschüsse des Bundes für Kommunen zum Ausbau der Kinderbetreuung einbehält (45 Millionen) sind weitere Beispiele für die Plünderung der kommunalen Kassen. Letztlich geht es dabei um den Erhalt der Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand für wichtige staatliche Aufgaben, zu denen auch die Kinder- und Jugendförderung gehört.</p>	<p>dass bereits Anfang März der Bund, die Länder und die kommunalen Spitzenverbände in der Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung begonnen haben, über die strukturellen Finanzprobleme zu reden. Denn nur im Dialog auf Augenhöhe werden wir die Probleme der Kommunen nachhaltig und zukunftsweisend lösen. Wir streben an, dass das Land trotz der großen finanziellen Belastungen seine Förderung konstant hält, nachdem sie in den letzten Jahren sogar noch erhöht wurde.</p>	<p>Infrastruktur zur Verfügung. Darüber hinaus hat das Land mit dem Haushaltsgesetz 2010 verbesserte Möglichkeiten geschaffen, die Teilhabe finanziell angeschlagener Kommunen an wichtigen Förderprogrammen zu gewährleisten. Durch Herabsetzung des Eigenanteils auf 10% sowie die Schaffung der Möglichkeit, den Eigenanteil auch durch zweckgebundene Spenden erbringen zu können, wurde der Fördermittelzugang substanziell erleichtert.</p>		
<p>Es antwortete für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:</p> <p>Andre Moser Mitarbeiter im Wahlkampfteam</p>	<p>Es antwortete für die CDU:</p> <p>Sven-Martin Köhler Politik und Kommunikation</p>	<p>Es antwortete für die FDP:</p> <p>Ralph Sterck Hauptgeschäftsführer</p>	<p>Es antwortete für DIE LINKE</p> <p>Pamela Strutz Strategie/Öffentlichkeitsarbeit</p>	<p>Es antwortete für die SPD:</p> <p>Katja Kleegräfe Referentin</p>